



Kreistagsfraktion



An den Vorsitzenden
des Kreistages Schwalm-Eder
Herrn Michael Kreutzmann
Parkstraße 6

34576 Homberg (Efze)

Borken, 01.09.2023

Antrag zur Stärkung des ländlichen Raums

Sehr geehrter Herr Kreutzmann,
die Kreistagsfraktionen von SPD/FWG-Piraten/FDP bitten Sie, folgenden gemeinsamen Antrag auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 25.09.2023 zu nehmen:

Der Kreistag möge beschließen:

Die hessische Landesregierung wird aufgefordert, den Verfassungsauftrag, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen, endlich ernst zu nehmen und umzusetzen.

Folgende Beispiele zeigen deutlich auf, wo ein großer Handlungsbedarf besteht, damit der ländliche Raum endlich angemessen unterstützt wird und die Wertschätzung erhält, die er verdient.

- Kindertagesstätten

Zur Erfüllung des Rechtsanspruches fehlen derzeit im Kreis ca. 500 Ü-3 Plätze und 900 U-3 Plätze. Zur Erfüllung dieses Rechtsanspruches sind etwa 30 Mio. € Investitionen im Kreis erforderlich. In der Vergangenheit wurden durchschnittlich 30 Prozent der Investitionskosten gefördert, somit müssten etwa 10 Mio. € Investitionsmittel durch das Land zur Verfügung gestellt werden. Zur Zeit können 10 Anträge aufgrund unzureichender Fördermittel nicht entsprechend bedient werden. Das Land muss also deutlich mehr Mittel zur Verfügung stellen.

- Berufsschulen

Es müssen attraktive Angebote an Berufsschulen geschaffen werden, damit Azubis in ihrer Umgebung einen Ausbildungsplatz finden! Anderenfalls müssen Ausbildungsgänge zentralisiert oder sogar regionale Fachklassen oder Landesfachklassen gebildet werden, die wiederum zu Mehrausgaben führen, um die täglichen Fahrten oder die Betreuung von minderjährigen Azubis zu gewährleisten. Das sind Mehrkosten für die Kommunen, die durch attraktive Angebote und Hilfen vermieden werden können. Ferner ist eine ortsnahe Berufsschule eine maßgebliche Säule unseres Dualen Berufsbildungssystems und somit eine wichtige Stütze für das Handwerk, gerade im ländlichen Raum.

- Brand- und Katastrophenschutz

Die Baukosten für notwendige Maßnahmen zum Brandschutz sind in den letzten Jahren explodiert. Finanzschwache Kommunen haben dadurch immer mehr Probleme, diese immens wichtigen Baumaßnahmen umzusetzen. Gleiches gilt auch im Rahmen der Fahrzeugbeschaffung. Hier muss jeweils eine deutlich höhere Landesförderung erfolgen.

- Dorfentwicklung IKEK (Integrierte kommunale Entwicklungskonzepte)

Es braucht Verlässlichkeit hinsichtlich der Regeln und der Finanzmittel, sowie deren Aufstockung und einer Entbürokratisierung zu Gunsten kommunaler Selbstverwaltung. So gibt es z.B. in der Gemeinde Gilserberg großes Unverständnis und Verärgerung, weil es plötzlich eine finanzielle Deckelung des Einzelprojekts gab. Das wurde am Beginn des IKEK-Prozesses anders kommuniziert. Heute stehen – bei gestiegenen Kosten -weniger Mittel für eine Flächengemeinde mit vielen kleinen Ortsteilen, wie Gilserberg zur Verfügung als früher für einen Ortsteil, der in die Dorferneuerung aufgenommen war. Von diesen geringeren Mitteln muss noch ca. ein Drittel in Planungen gesteckt werden, die dann oft nicht oder nur mit erheblichem, bürokratischem Aufwand zu realisieren sind.

- Straßenbeiträge

Die Straßenbeiträge betreffen insbesondere kleinere, ländliche Kommunen mit vielen Gemeindestraßen und einem hohen Sanierungsbedarf. Sie belasten die Bürger unterschiedlich, sind sozial ungerecht und erfordern einen hohen Verwaltungsaufwand. Deshalb gehören Straßenbeiträge abgeschafft. Stattdessen sollen die Kommunen zur Sanierung von Gemeindestraßen eine Investitionspauschale des Landes erhalten.

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Günter Rudolph, MdL
SPD-Fraktionsvorsitzender



Achim Jäger
FWG-Fraktionsvorsitzender



Wiebke Knell, MdL
FDP-Fraktionsvorsitzende